

Friede den Hütten – Krieg den Palästen

Von der Georg-Büchner-Initiative 2010 bis zu Notroika 2012

Die Georg-Büchner-Initiative, eine Finanzzentrale in Frankfurt für einen kompletten Arbeitstag zu blockieren, liegt knapp zwei Jahre zurück. Nun wird ein neuer Anlauf gestartet, von guten Absichten zu wirksamen Taten zu kommen.

Das ›Um's Ganze‹-Bündnis ruft für den 31. März 2012 zu einer Demonstration in Frankfurt auf, die zur Baustelle der Europäischen Zentralbank/EZB führen soll.

Für Pfingsten 2012 plant das NoTroika-Bündnis, in der sich viele Gruppen befinden, die auch die Georg-Büchner-Idee mitgetragen haben, eine ähnliche Aktion: »Wir werden am 18. Mai den Geschäftsbetrieb der Banken in Frankfurt blockieren, um unsere Wut über die Troika-Politik konkret werden zu lassen.« (<http://european-resistance.org> - <http://notroika.linksnavigator.de>)

Auch aus Bremen kommt ein Aufruf, am 17. April 2012 die Deutsche Bank für 24 Stunden zu belagern: »Die Deutsche Bank ist einer der ganz großen Akteure im globalen Landgrabbing-Geschäft, hinzu kommt, dass die Deutsche Bank mit Investitionen von knapp 5 Milliarden US-Dollar die Nummer 1 unter den Nahrungsmittelspekulanten auf den Weltfinanzmärkten ist. Das Geldhaus hat somit ganz wesentlich zur Explosion der Lebensmittelpreise in den letzten Jahren beigetragen... Mit unserer Belagerung möchten wir insofern einen Beitrag dazu leisten, die Deutsche Bank einmal mehr unter Druck zu setzen. Denn der spekulative Handel mit Land und Lebensmitteln ist angesichts einer Milliarde Hungernder schlicht und ergreifend menschenverachtend, er gehört prinzipiell abgeschafft ...« (Aufruf und mehr: http://www.afrique-europe-interact.net/index.php?article_id=622&clang=0)

Eine gute Gelegenheit, auf die Georg-Büchner-Initiative zurückzublicken, unter dem Gesichtspunkt: Welche inhaltlich strittigen Fragen wurden vor knapp zwei Jahren aufgeworfen? Welche praktischen Schwierigkeiten gab es damals? Wie stehen die Chancen heute?

Ausgangslage

Als der Vorschlag kam, im März 2009 zu Großdemonstrationen unter dem Motto ›*Wir bezahlen nicht für eure Krise*‹ aufzurufen, lehnte die Gewerkschaftsspitze eine Unterstützung mit der Begründung ab, das sei alles viel zu früh. Die Gewerkschaftsbasis und viele linke Gruppierungen riefen dennoch dazu auf: Was für die Gewerkschaftsspitze viel zu früh war, war für über 40.000 Menschen gerade richtig: Auf der Demonstration in Frankfurt beteiligten sich ca. 20.000 Menschen, in Berlin wollen die VeranstalterInnen noch mehr gezählt haben. Inhaltlich reichte das Spektrum von einer sympathischen Verweigerungshaltung bis zur grundsätzlichen Systemkritik. Praktisch und realpolitisch herrschte danach in allen politischen Spektren bleierne Stille. Man überließ den Herrschenden das Tempo, die Richtung, die Schlagzeilen und wartete in banger Ohnmacht auf das, was kommen musste.

Ein Jahr später, am 12.6.2010 fanden unter demselben Motto zwei Großdemonstrationen in Stuttgart und Berlin statt. Bei vorsichtiger Schätzung waren zusammen ca. 40.000 Menschen auf der Straße, etwa genauso viele wie im Jahr zuvor. Bei nüchterner Analyse kein Erfolg,

sondern Ausdruck politischen Stillstandes, was die Zahl der TeilnehmerInnen, vor allem aber, was die Ziele solcher Demonstrationen anbelangt. Vor einem Jahr ahnte man, wer für die Kapitalverbrechen in Billionen Höhe zahlen wird. Das Verarmungsprogramm für das ›letzte Drittel‹ lag in der Luft, jedoch noch nicht auf dem Tisch. Während die politische Klasse ihnen Fahrplan einhielt und ihrem Credo folgt: ›Wir lassen immer andere für unsere Krise bluten‹, drehten sich die Demonstrationen im Kreis gemachter Erfahrungen. Denn das Motto ›*Wir bezahlen nicht für eure Krise*‹ wird nicht durch seine Wiederholung eingelöst, sondern durch politische und praktische Konsequenzen, die daraus gezogen werden. Alle wissen und spüren es: Man kann noch hundert Mal auf die Straße gehen kann, Warnungen und Drohungen ausstoßen, ohne am Lauf der Dinge etwas zu ändern, solange man dieses Verarmungsprogramm kritisiert und im wirklichen Leben ausbadet.

›Die Geschichte wiederholt sich nicht und wenn als Farce‹.

Das gilt nicht nur für die politische Klasse, also auch für jede Art der Opposition. Bei aller Sympathie für Menschen, die zum ersten Mal auf einer Demonstration waren, hat diese Wiederholung etwas Komödiantisches: Das Verarmungsprogramm steht und absolviert ungestört seinen parlamentarischen Weg, während man trotzig und wirklichkeitsfremd durch die Straßen ruft: *Wir bezahlen nicht für eure Krise*. Dabei spielt es überhaupt keine Rolle, ob man der Symbolik einen zivilgesellschaftlichen oder revolutionären Charakter gibt. Beide gehen wirkungslos denselben Weg, von A nach B, ohne eine Praxis, eine Handlungsmöglichkeit aufzuzeigen, die nicht nur etwas (ganz) Anderes fordert, sondern selbst etwas (ganz) Anderes tut.

Auf diesen wie auf den Demonstrationen ein Jahr zuvor wurden viele Forderungen aufgestellt und adressiert. Damals standen sie richtungweisend im Raum und zur Auswahl. Heute stehen sie genau so zahlreich, genau wahllos nebeneinander. Mit welchen Forderungen will man die Räume der Business Class betreten – nicht symbolisch, sondern geschäftsschädigend, störend?

Welche Ziele kann man mit wem und mit welchen Mitteln durchsetzen? Wie muss ein Konzept aussehen, dass die Angst vieler berücksichtigt, ohne vor ihr zu kapitulieren? Man muss kein/e ›BerufsdemonstrantIn‹ sein, um zu wissen, dass Forderungen nicht eingelöst werden, in dem man sie wiederholt, sondern indem man die politisch Verantwortlichen dazu zwingt, ihnen nachzugeben.

Es wird Zeit, dass sich der Wind dreht!

All diese Erfahrungen flossen in den Aktionsaufruf ein, der Mitte 2010 veröffentlicht wurde. Es war ein Aufruf an alle, an GewerkschaftlerInnen, an Lohnabhängige, Arbeitslose, RentnerInnen, außerparlamentarische Gruppen und Organisationen, diesen Weg gemeinsam zu gehen:

Bundesweiter Aufruf: ›Die Verursacher und Profiteure der Krise blockieren‹

›*Es herrscht Klassenkrieg, richtig, aber es ist meine Klasse, die Klasse der Reichen, die Krieg führt, und wir gewinnen.*‹ Multimilliardär Warren E. Buffet, 2005.

Klassenkrieg - das wollten die meisten nicht hören und nicht verstehen. Aber sie bekamen es zu spüren. Wie in anderen Ländern Europas wurden Löhne und Renten gekürzt, Leih- und Zeitarbeit systematisiert, der Niedriglohnsektor, das Prinzip ›Armut durch Arbeit‹ ausgeweitet, Arbeitszeiten verlängert, das Leben zusammengestaucht.

Die Gewinne explodierten, die Renditen in der Wirtschaft stiegen auf 15 – 20 Prozent. In der Finanzbranche wusste man selbst dies zu steigern. Profite von 50 bis 150 Prozent innerhalb von Minuten waren keine Seltenheit. Es herrschte Partystimmung im Business- und Wellness-Bereich.

Dann brachen die ersten Banken wie Kartenhäuser zusammen, ein weltweiter Kreislaufkollaps des Kapitalismus drohte. Die Schreihälse der ›Selbstheilungskräfte des Marktes‹ verstummten und der Staat übernahm mit mehr als 500 Milliarden Euro die Rettung des privaten Bankensektors.

Nun werden die Billionen an Euros, die im Euroraum zum Überleben von Banken und Konzernen eingesetzt wurden, aus den Lohnabhängigen und Arbeitslosen herausgepresst. In fast allen Euro-Ländern werden Schock- und Verarmungsprogramme beschlossen. Denn zumindest die Herrschenden sind sich einig: Wir zahlen nicht für unsere Krise, solange diejenigen stillhalten, die für uns immer bluten müssen....

Alle wissen, dass die Parole ›*Wir zahlen nicht für eure Krise*‹ längst von der Realität überholt ist. Wenn wir mit diesem kleinsten gemeinsamen Nenner ernst machen wollen, dann müssen wir mehr tun, als mit vielen Menschen auf die Straße zu gehen. Wir müssen die Richtung ändern, wir müssen die Symbolik hinter uns lassen, wir müssen dafür sorgen, dass die Angst die Seite wechselt. Es ist höchste Zeit, dass sich der Wind dreht, damit das Feuer nicht länger die Hütten niederbrennt, sondern die Paläste der Brandleger heimsucht.

Gründe gibt es mehr als genug... Sparen wir uns also die Zeit ellenlanger Erklärungen.

Worauf es jetzt ankommt, dieser Wut eine Richtung, einen Ort, eine Chance zu geben – damit die Wut uns nicht auffrisst und die individuelle Ohnmacht nicht länger unseren Alltag bestimmt.

›Wir sind nicht länger eure Geldautomaten‹

Als gemeinsame Aktion einer bundesweiten Kampagne schlagen wir vor, die Zentralen von zwei ›systemischen Banken‹ der Deutschen Bank und der Commerzbank in Frankfurt für einen Arbeitstag zu blockieren. Ziel ist es, den Geschäftsbetrieb zu stoppen, die Business-Party für einen Tag auf den Kopf, also auf die Füße zu stellen. Unsere Forderung ist schlicht: *Ihr* zahlt die Billionen Euro, die euer Finanzkrieg gekostet hat. Wir werden euch nicht in Ruhe lassen, wir werden wiederkommen, an vielen Orten, zu den unpassendsten Gelegenheiten und Zeiten.

Mit einem bundesweiten Aufruf ist weder alles gesagt, noch alles getan. Es ist ein Anfang gemacht, ein Signal gesetzt, mit dem Ziel, dass in der Folge in allen Städten, in jeder Woche an einem Tag eine Bank mit ›systemischen Risiko‹ belagert wird. Der Weg ist lang und offen, er führt über Banken, über ihre Beteiligungen an Konzernen, bis hin zu den politischen ›Beraterstäben‹, den Headquarters der Regierung.

Dazu brauchen wir ein gemeinsames Startsignal; einen langen Atem und ein Konzept, das möglichst vielen eine Teilnahme ermöglicht. Wir brauchen ein Konzept, das zwischen folgenlosen, störungsfreien Demonstrationen und Fantasien vom Aufstand oder Generalstreik einen Weg beschreibt und beschreitet.

Wir sind überzeugt davon, dass es hier in Deutschland weder an Analysen noch an Forderungen fehlt, die entweder den Kapitalismus >zügeln< oder aber überwinden wollen. Über die Richtigkeit der Analysen und Forderungen wird aber nicht auf dem Papier oder in Konferenzen entschieden, sondern in einem gesellschaftlichen Prozess, der möglichst viele Menschen zu Handelnden macht. Gelänge es uns, in einem großen Bündnis die Zeichen umzukehren, jenen endlich Angst zu machen, die seit Jahren mit unserer Angst spielen und von ihr leben, dann hätten wir noch genug Zeit, über die nächsten Schritte zu beraten und zu entscheiden....

Als Termin für eine zentrale Aktion in Frankfurt schlagen wir euch den Herbst 2010 vor.«
(Aktionsgruppe Georg Büchner Juni 2010)

Das Echo auf diesen Aufruf war zwar nicht atemberaubend, aber doch Grund genug, die Idee in die Tat umzusetzen.

Als Erstes ging es darum, diesen Vorschlag regional zu diskutieren und zu verankern. So wurde für den 3. Juli 2010 zu einem regionalen Treffen eingeladen. Es kamen über 60 Personen und VertreterInnen von Gruppen/Organisationen. Das Spektrum reichte von Antifa-Gruppierungen, Mitgliedern der DKP bis DIE LINKE, über Gruppen der Interventionistischen Linke/IL bis hin zu Ordensleuten für den Frieden und Vertretern von ATTAC. Die Mehrheit der Anwesenden begrüßten im Großen und Ganzen den Vorschlag. Aber es gab auch eine deutliche Zurückhaltung aus dem anarchistischen und Antifa-Spektrum.

Zumindest eine Frage, die im Vorbereitungskreis offen blieb, sollte dort entschieden werden: Soll die Blockade der Börse oder einer Finanzzentrale gelten?

Die Optionen deuteten bereits unterschiedliche politische Empfindlichkeiten an: Wofür steht die Börse im linken Diskurs? Wofür stehen Banken? Was unterscheidet eine linke, von einer reaktionären oder gar antisemitischen Kritik an der Finanzwirtschaft? Viele hatten Bedenken, die Börse ins Zentrum zu rücken, da sie sich für antisemitische Klischees und antisemitische Ausdeutungen der Krise (Spekulanten, Finanzhaie etc.) besonders eignet.

Neben diesen politischen, ideologischen Fragen ging es auch um ganz materielles Wissen: Welchen Schaden hat es, wenn man die Börse blockiert? Auf gewisse Weise spiegelte diese Kontroverse auch das Wissen über die Finanzwirtschaft wieder: Die einen meinten, dass das Börsenparkett, also die physische Präsenz von Händlern noch einen gewichtigen Teil des Börsenumsatzes ausmachen würde, während andere diese Tätigkeiten für einen telegenen Schwindel (>Börse vor 8<) halten. Alle großen, die meisten Geschäfte werden längst über Computer und Programme gesteuert und sind weitgehend automatisiert.

Die Entscheidung fiel zugunsten einer Großbank aus.

Die Aktionskonferenz im Juli 2010 sollte eine Entscheidung herbeiführen. Zum einen sollte dafür bundesweit mobilisiert werden, zum anderen ging es darum, die vage Sympathie in konkrete Beteiligung umzusetzen. Vom Ausgang dieser Konferenz sollte die Entscheidung abhängig gemacht werden, weiter am Aktionsplan festzuhalten.

Ohne es testamentarisch festzulegen, so gingen die meisten Beteiligten im Vorbereitungskreis davon aus, dass wir für eine Blockade 5.000 plus X benötigen. Das Konzept setzte auf die Präsenz von Vielen, die bereits durch ihre Anwesenheit zwischen 8 Uhr morgens und 16 Uhr am fraglichen Objekt X eine Blockadewirkung erzielen würden. Um der betreffenden Bank und der Polizei möglichst wenig Vorlauf zu geben, alles frühzeitig einzuplanen, wollten wir

die Bank, sei es die Commerzbank, die Deutsche Bank oder HypoReal Estate, die wir am Tag X blockieren werden, nicht nennen. Ob dies nicht nur die Bankenwelt beunruhigte oder auch die Beteiligten, war im Vorbereitungskreis umstritten.

An der Aktivierungskonferenz nahmen schließlich über 200 Personen und Delegierte teil. Das politische Spektrum schrumpfte zwar nicht, aber es wurde auch nicht breiter. Die Stimmung schwankte je nach Erwartung: Die einen hielten die Beteiligung für ausreichend, um an dem Konzept festzuhalten. Andere waren skeptisch und wurden das Gefühl nicht los, dass die Initiative nicht vom Fleck kam. Am Ende der Konferenz votierte eine Mehrheit dafür, an der Durchführung festzuhalten. Sie setzte darauf, dass sich viele wie so oft ›im letzten Augenblick‹ entscheiden werden:

»Die Aktionskonferenz hat ein Votum abgegeben, um den Tag X vorzubereiten, mit einem bis heute ungedeckten Scheck. Die Frage, wie wir UnterstützerInnen zu Beteiligten machen, steht im Raum... Wir alle spüren, dass zwischen dem Wunsch, die Symbolik zu verlassen und den Geschäftsbetrieb einer Bank tatsächlich zu blockieren, weiterhin eine recht große Kluft ist. Ob wir in der den verbliebenen zwei Monaten dieses Zögern überwinden, ist ungewiss. Aus diesem Grund müssen wir die angemeldeten Kundgebungsorte nicht nur als Rückzugspunkte, sondern auch als Ort der Beteiligung nutzbar machen. Diese Kundgebungsorte, nahe dem Ort X, sollen für all jene ein erreichbarer Punkt sein, die als Organisation nicht zur Blockade aufrufen können/wollen und für Menschen, die sich erst einmal mit der Situation vertraut machen wollen. Möglicherweise wächst das Zutrauen, einen Schritt weiterzugehen, erst, wenn man nahe, aber nicht direkt am Ort X ist. Das hieße: noch mehr Arbeit: Programm erstellen, die Kundgebungsorte auch politisch gestalten: Musik, Lesung, Theater, Fraktionssitzung der Partei ›Die Linke‹, aktuelle Informationen. Im besten Fall schaffen wir damit Räume, die ineinander übergehen, den Bewegungs- und Handlungsspielraum vergrößern.« (AG Georg Büchner)

Auffallend war, dass sich die großen Medien, von FAZ bis Frankfurter Rundschau, von Hessischem Rundfunk bis Hessisches Fernsehen/HR im Schweigen geradezu überboten. Obwohl alle informiert wurden, obwohl es Ansprechpartner für die Presse gab, war die Georg-Büchner-Idee bestenfalls ein paar Zeilen wert. Auch die Polizei schwieg sich gänzlich aus und verzichtete auf die sonst üblichen Pressemitteilungen.

Jenseits dieser unterschiedlichen Einschätzungen blieb jedoch die Basis der Vorbereitungsgruppe recht dünn. Viel zu viele Aufgaben mussten auf wenige verteilt werden. Dass die Vorbereitungsgruppe nicht bis zum Tag X mit so vielen Variablen hantieren kann, war allen klar. Deshalb gaben wir uns als letzte Deadline den 24. September, also knapp vier Wochen vor dem geplanten Tag X. Bis dahin wollten wir die festen und sicheren Zusagen zusammentragen, um dann eine Entscheidung zu treffen.

Die Absage

[Die Idee ist gut, doch die Welt noch nicht bereit](#) (Tocotronic)

»Der Koordinierungskreis der Aktion Georg Büchner hat am Freitag, den 24. September 2010 in Frankfurt nach mehrstündiger Debatte beschlossen, die Bankenaktion am 18. Oktober abzusagen.

Wir halten die Idee der Bankenblockade für überfällig, richtig und notwendig. Der Vorschlag beruhte auf der Annahme, dass es uns trotz drängender Zeit gelingen könnte, am 18. Oktober 2010 Tausende von Menschen zu einer Aktion des zivilen Ungehorsams zusammenzubringen

– um die Idee von ›Masse und Entschiedenheit‹, wie sie in Dresden dieses Jahres so beeindruckend umgesetzt wurde, auf die soziale Frage zu übertragen, mit dem Ziel, dem Verarmungsprogramm mehr als Klagen, Kundgebungen und Demonstrationen entgegenzusetzen.

Wir haben im Koordinierungskreis unterschiedliche Einschätzungen darüber, ob der derzeitige Mobilisierungsstand ausreichend ist, einen solchen Schritt zu wagen. In einigen Regionen lief die Mobilisierung gut, in anderen nur schleppend. Wir waren uns deshalb nicht sicher, wie viel der uns überall entgegengebrachten Sympathie sich am Montagmorgen auf der Straße zeigen würde. Bei unserer in Deutschland in Bereich Soziale Kämpfe noch unerprobten Aktionsidee gibt es eine deutliche Diskrepanz zwischen ideeller Zustimmung und physischer Mobilisierbarkeit. Die Anzahl der bislang gemeldeten Busse veranlasste einen Teil von uns zur Einschätzung, dass wir eine Blockade über mehrere Stunden durchsetzen könnten, ein anderer Teil hielt das für unwahrscheinlich und verwies darauf, dass die überprüfbaren Zusagen deutlich unter unseren Annahmen lagen.

Die Absage ist uns allen sehr schwer gefallen. Wir haben gemeinsam viel Kraft und Herzblut in die Vorbereitung und Durchführung gesteckt. Wir wissen um sehr viele Gruppen und Menschen überall in der Republik, die diese Aktion ausdrücklich begrüßten und wie wir große Hoffnung hatten, in der Auseinandersetzung um die soziale Frage endlich einen gemeinsamen Schritt weiter zu kommen. Wir bedanken uns ausdrücklich bei den hunderten AktivistInnen, die in den letzten Wochen für das gemeinsame Ziel gestritten haben!

Den Stimmungswandel vor den Sommerferien (›Wir zahlen nicht für eure Krise‹) in die Zeit danach (›Die Krise ist vorbei‹), den auch wir zu spüren bekamen, fällt derzeit vielen AkteurInnen, die gegen das Verarmungsprogramm mobilisieren, in den Rücken – auch wenn die Fakten genau das Gegenteil belegen. Doch die Zeit, diese Verunsicherung auszuräumen, dieses Zögern zu überwinden, lief uns davon.

Die Umverteilung von unten nach oben geht unvermindert weiter. Die Notwendigkeit, Verbindungen zwischen der kapitalismuskritischen und der antikapitalistischen Linken aufzubauen und zu verstärken, gegenseitiges Vertrauen aufzubauen, liegt auf der Hand. Dass wir uns dieses Mal noch nicht durchringen konnten, den Schritt in die Aktion zu wagen, ist nicht das Ende des Versuchs, zivilen Ungehorsam im Bereich der sozialen Kämpfe zu organisieren. Sowohl Stuttgart 21 als auch die kommenden Castor Proteste zeigen, dass zunehmend mehr Menschen sich auf die Suchen nach Aktionsformen begeben, die den Schritt vom Protest zum Widerstand beschreiten. Wir haben uns verabredet, das gemeinsame Vertrauen und die entstandenen Verbindungen zu nutzen, an unserer Idee eines ›gesellschaftlichen Streiks‹ festzuhalten, sie zur Diskussion zu stellen, in der Hoffnung, dass unsere jetzige Entscheidung nicht das letzte Wort bleibt.

Koordinierungskreis ›AG Georg Büchner‹

September 2010«

Fazit und Ausblick

Die sicherlich wohlwollendste Schlussfolgerung lässt sich so formulieren: »Nichts ist mächtiger als eine Idee, deren Zeit gekommen ist« (Victor Hugo). In diesem Falle könnte man zu dem Schluss komme, dass die Zeit noch nicht reif war....

Jenseits der Frage, welches Gewicht dabei die politischen und theoretischen Differenzen hatte, lässt sich eines sicher festhalten: Die sehr unterschiedlichen Ausdeutungen der Krise, die sehr unterschiedlichen Vorstellungen über Kapitalismus und wie man diesen bekämpft bzw. überwindet, konnten in den wenigen Monaten, die uns zur Verfügung standen, weder in Ruhe diskutiert, geschweige denn geklärt werden.

Wenn man die Kritik, die gegen die Georg-Büchner-Initiative vorgetragen wurde, ernst nimmt, stellt sich nun die Frage: Hat sich die Kritik in Luft aufgelöst? Was ist heute (ganz) anders?

Die sicherlich schwerwiegendste Kritik bestand darin, der Georg-Büchner-Initiative vorzuwerfen, sie erliege einer verkürzten Kapitalismuskritik, betreibe mit ihrem Aktionsschwerpunkt auf die Finanzwirtschaft eine populistische Anbiederung und käme damit extrem gefährlich antisemitischen Ausdeutungen der Krise nahe. Diese Kritik wurde vor allem aus dem Spektrum des ›Um's Ganze‹-Bündnisses formuliert.

Nun ruft genau dasselbe Spektrum zu einer Aktion am 31. März auf, die ebenfalls eine Bank, die EZB in den Mittelpunkt stellt. Um nur keine alten Wunden aufzureißen, könnte man sagen, dass das doch alles Schnee von gestern sei. Hauptsache müsse sein, dass etwas passiert. Das mag taktisch für klug gehalten werden, für eine gemeinsame Verständigung ist dies jedoch fatal.

Gerade weil wir diese Kritik damals sehr ernst nahmen und ihr sehr ausführlich antworteten, stellt sich heute die Frage: Haben diese Er widerungen zu einem anderen Verständnis geführt, (ohne dass dies öffentlich wurde) oder gilt diese Kritik immer noch, nur nicht für jene, die sie damals äußerten?

Wenn wir nicht nach dem Motto verfahren: *Was interessiert mich mein Gerede von gestern*, haben wir uns alle an dem zu messen, was wir einmal gesagt haben. Sich damit ehrlich und offen auseinanderzusetzen, wäre eine gute Chance, zwischen den ideologisch hoch aufgeladenen Polen einer ›verkürzten Kapitalismuskritik‹ und dem Kampf ›um's Ganze‹ die Füße auf den Boden zu bekommen, nicht nur die Praxis der anderen, sondern auch die eigene an unseren theoretischen Annahmen und Vorgaben messen zu lassen.

Es gilt jedoch auch eine ganz handfeste Frage zu klären, die weit über die anstehenden Aktionen hinausreicht. Wenn Einigkeit darin besteht, dass weder lautes Klagen noch irgendwelche Forderungen den Kapitalismus stören, dann ist man schnell bei der Frage: Was stört den Kapitalismus wirklich? Was macht aus einer antikapitalistischen Kritik ein Praxis, die nicht länger über den Kapitalismus spricht, sondern in ihn eingreift, ihn am reibungslosen Funktionieren hindert?

Wo könnte tatsächlich eine (radikale) Linke auf Dauer und perspektivisch eingreifen? Wo wäre sie zu *was* fähig?

Die Herzkammer des Kapitalismus ist die tagtägliche Rendite, die aus jeder Form der Lohnarbeit herausgepresst wird. In Lohnarbeitsverhältnisse eingreifen ist traditionell gewerkschaftliches Terrain. Streik kann ein zentrales Mittel sein, um die Rendite der Kapitaleigner zu schmälern, damit sich Arbeits- und Lohnverhältnisse verbessern. Sein überzeugendstes Argument ist der materielle Schaden, den ein Streik der Kapitalseite zufügt. Wer Kapitalismus wirklich bekämpfen oder gar überwinden will, wird in diesem Kampffeld agieren müssen. Wenn es um Antikapitalismus gehen soll, dann wird die radikale Linke in

Zukunft nicht an der Frage vorbeikommen: Warum ist sie dort seit Jahrzehnten weder organisiert, noch einflussreich? Wie kann man diese Abwesenheit überwinden? Wie kann man kontinuierliche Verbindungen zu den wenigen Gruppen aufbauen, die sich seit Jahrzehnten darin bewegen (wie linke Gewerkschaftsgruppierungen, LabourNet, wie die FAU oder die Wildcat-Gruppen)?

Es gibt aber auch außerhalb von Lohnarbeitsverhältnissen Möglichkeiten, in die Verwertungskette einzugreifen, die Grundidee des Streiks aus Lohnarbeitsverhältnissen herauszutragen, sozusagen vor deren Türen. Dabei spielt es im Kern keine Rolle, ob man eine Bank blockiert, einen Konzern oder eine Filiale bestreikt, ob der Widerstand von Innen oder von Außen organisiert wird. Im besten und zukunftsträchtigsten Fall wird ein solcher Streik von Innen (Beschäftigte) und Außen (UnterstützerInnen) getragen.

Wenn man also im April und Mai Banken blockiert, dann geht es nicht um eine symbolische Handlung, die nur auf das Eigentliche verweisen möchte, sondern um die materielle Wirkung einer Blockade, die im besten Fall die Verwertungskette für diese Zeit unterbricht bzw. stört. Die Frage stellt sich auch hier, wie sich aus einer zeitlich begrenzten Kampagne eine dauerhafte Perspektive entwickeln lässt.

Wenn wir uns in diesem Sinne auf den Weg machen würden, wäre die Gretchenfrage: Was ist verkürzte Kapitalismuskritik, was ist der Kampf um's Ganze tatsächlich Schnee von gestern.

Wolf Wetzel

Vorabdruck aus dem Buch:

Aufstand in den Städten

Krise, Proteste, Strategien

Wolf Wetzel (Hg.)

ca. 250 Seiten Broschur, ca. 16 Euro

Unrast Verlag Münster

ISBN: 978-3-89771-522-6

Siehe zum Hintergrund im LabourNet Germany: Diskussion > (Lohn)Arbeit: arbeitsmarkt- und sozialpolitische Aktionen und Proteste > Initiativen der Linken zur Finanz- und Wirtschaftskrise > >Wir sind nicht eure Geldautomaten< ... Die Geduld verlieren! >Die Verursacher und Profiteure der Krise blockieren<

<http://www.labournet.de/diskussion/arbeit/aktionen/2010/buechner.html>